

**JUNGE UNION NORDBADEN
PRESSESPRECHER**

Nils Melkus

E-Mail presse@ju-nordbaden.de
Internet www.ju-nordbaden.de

Oktober 2023

JU Nordbaden: Sicherheit Israels und die Sicherheit jüdischen Lebens in Deutschland entschlossen verteidigen

Die Junge Union (JU) Nordbaden verurteilt die Aggression der Terrororganisation Hamas gegen den Staat Israel auf das Schärfste. Das gezielte Ermorden hunderter israelischer Zivilisten und Soldaten stellt einen nicht zu rechtfertigenden Zivilisationsbruch dar. Die JU Nordbaden fordert nun entschlossenes Handeln auf verschiedenen Ebenen, um die Sicherheit des Staates Israel und die Sicherheit jüdischen Lebens in Deutschland zu verteidigen. Auf Initiative der JU Nordbaden hat die CDU Nordbaden auf dem Bezirksparteitag mit der „Mannheimer Erklärung“ einen entsprechenden Antrag mit konkreten Forderungen beschlossen.

„Es ist glücklicherweise parteiübergreifend Konsens, dass die Sicherheit des Staates Israel deutsche Staatsräson ist. Hieraus müssen in der jetzigen Situation aber auch klare politische Konsequenzen und Schlussfolgerungen gezogen werden. Die EU und die Bundesregierung müssen Israel im Kampf gegen die Hamas nach Kräften unterstützen und hierfür notwendige Ressourcen – auch militärischer und nachrichtendienstlicher Art - zur Verfügung stellen“, so der Bezirksvorsitzende der JU Nordbaden, Frederik Hübl. Die JU Nordbaden fordert zudem die Bundesregierung auf, alles zu unternehmen, um die von der Hamas entführten Geiseln zu befreien. „Für uns ist klar: wir lassen niemanden zurück, wir holen alle nach Hause. Die Verantwortlichen für die Ermordung, Entführung und Verletzung deutscher Staatsbürger müssen ermittelt und zur Rechenschaft gezogen werden“, fordert Hübl. Die Islamische Republik Iran unterstützt die Hamas maßgeblich und finanziert weitere Terrororganisationen im Nahen Osten. „Wir brauchen eine Zeitenwende auch in unserer Nahost-Politik. Sämtliche Zahlungen an den Gazastreifen sind sofort zu beenden, wenn der Zugriff der Hamas nicht ausgeschlossen werden kann. Wir fordern die EU auf, ein umfassendes Sanktionspaket gegen den Iran auf den Weg zu bringen und die wirtschaftlichen Beziehungen auf ein Minimum zu reduzieren sowie die iranischen Revolutionsgarden auf die EU-Terrorliste zu setzen und verantwortlichen iranischen Regierungsvertretern die Einreise in die EU zu verweigern“, so der JU-Bezirksvorsitzende.

Aus Sicht der JU gilt es zudem, die Kooperation und Zusammenarbeit mit dem Staat Israel auf verschiedenen Ebenen zu vertiefen. So fordert die JU in dem Antrag, das bestehende Freihandelsabkommen mit Israel auf EU-Ebene zu einem Assoziierungsabkommen zu vertiefen und nicht-tarifäre Handelshemmnisse abzubauen, Israel in die Erasmus+-Programme aufzunehmen und das Horizon-Abkommen zu flexibilisieren sowie ein Bundestag-Knesset Austauschprogramm zu etablieren und die Förderung für Austauschprogramme auszubauen.

„Wir haben aber auch eine besondere Verantwortung, jüdisches Leben in Deutschland zu schützen. Die offen geäußerte Unterstützung für die Hamas und deren Terrorismus auf zahlreichen Kundgebungen im Land macht fassungslos. Viel zu lange haben wir zugesehen, wie unter dem Deckmantel der Israelkritik und des Antirassismus ein menschenverachtender Antisemitismus salonfähig gemacht wurde. Diese Ereignisse verlangen eine harte und klare Reaktion“, erklärt der JU-Bezirksvorsitzende.

Die JU fordert das Staatsbürgerschaftsrecht so anzupassen, dass Personen mit antisemitischen Einstellungen die deutsche Staatsbürgerschaft dauerhaft verwehrt und im Falle einer doppelten Staatsbürgerschaft die deutsche Staatsbürgerschaft entzogen werden kann. Das Aufenthaltsgesetz sollte dahingehend geändert werden, dass Antisemitismus und Israelhass zum sofortigen Verlust der Aufenthaltserlaubnis und zur Ausweisung führt und diese – falls notwendig auch in Dritt- und Transitstaaten- durchgesetzt wird. Der Besuch von Kursen zu Antisemitismus sollte für Asylbewerber verpflichtend und Aussteigerprogramme müssen etabliert werden. „Zudem müssen Verbotsverfahren gegen sämtliche Vereine und islamische Gemeinden eingeleitet werden, die antisemitisches, islamistisches und israelfeindliches Gedankengut fördern und verbreiten. Staatliche Kooperationen mit Islamverbänden, die das Existenzrecht Israels nicht klar anerkennen und den Terrorismus nicht verurteilen, müssen sofort beendet werden“, fordert Hübl.

„Es muss ganz klar sein: Antisemitismus wird in unserem Land nicht geduldet. Hier braucht es eine Null-Toleranz-Kultur. Wir müssen die Verbreitung antisemitischer Inhalte im öffentlichen Raum beispielsweise bei Versammlungen aber auch im Netz entschieden unterbinden. Hier sind Polizei und die Sicherheitsbehörden gefordert und wir müssen die notwendigen Kapazitäten und Kompetenzen schaffen. Wir brauchen aber auch einen gesellschaftlichen Schulterschluss und das klare Signal aus der Mitte der Gesellschaft: wir stehen an der Seite Israels und dulden keinen Antisemitismus in unserem Land“, so Hübl abschließend.